

Stand: 16.03.2026 22:49:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/381

"Grundschulabitur endlich abschaffen - Übertrittsverfahren neu regeln"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/381 vom 20.02.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 21.02.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1484 des BI vom 14.03.2019
4. Beschluss des Plenums 18/1627 vom 10.04.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 10.04.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher** und **Fraktion (SPD)**

Grundschulabitur endlich abschaffen – Übertrittsverfahren neu regeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Übertrittsverfahren an die weiterführenden Schulen so zu verändern, dass in den 3. und 4. Klassen der Grundschulen endlich wieder die Pädagogik und nicht die verzweifelte Jagd nach den sehr guten und guten Noten im Vordergrund stehen, die letztendlich über den Übertritt in die weiterführenden Schulen entscheiden. Wertschätzende Entwicklungsgespräche und intensive, individuelle Beratung der Eltern müssen die Bewertung nach Ziffernnoten, die Fülle der Leistungsnachweise und am Ende den zu erreichenden Notendurchschnitt eines Zeugnisses ersetzen.

Begründung:

Im Mai 2019 werden wie jedes Jahr die Übertrittszeugnisse ausgereicht. Eine Studie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg zeigte zuletzt auf, dass fast jeder zweite bayerische Dritt- und Viertklässler erhöhte Stresswerte aufweist, weil die Ausgabe der Übertrittszeugnisse Anfang Mai das Lernen entscheidend dominiert. Das Feilschen um die Zehntelnote für die Notenschnitte 2,33 (Übertritt aufs Gymnasium) bzw. 2,66 (für Realschule) ist eine u. E. unerträgliche Entwicklung. In den vierten Grundschulklassen bestimmt bereits seit Schuljahresbeginn eine Flut von Prüfungen den Alltag. Das Verfahren stresst die Kinder genauso wie Eltern und Lehrkräfte über Monate. Statt Förderung steht Überprüfung im Fokus des Handelns von Lehrkräften, die sich immer auch vor Klagen von Eltern schützen müssen, die mit einzelnen Noten in einzelnen Prüfungen oder Fächern nicht einverstanden sind. Dieses Verfahren ist unpädagogisch und kinderfeindlich und muss dringend verändert werden. Insbesondere auch deshalb, weil die genannte Studie des Lehrstuhls für Empirische Bildungsforschung deutlich macht, dass „die Grundschul Kinder in Bayern, die an der Notenschwelle zwischen Mittel- und Realschulempfehlung liegen, eine erhebliche Risikogruppe darstellen“. Die Studie, die sich auf eine schriftliche Befragung von 1.620 Eltern aus den Bundesländern Bayern und Hessen bezieht, kommt weiter zu dem Schluss, dass „Eltern durch überzogene und unrealistische Bildungserwartungen die Stressbelastung für ihre Kinder nochmals erhöhen und hierdurch zur Gefährdung ihrer Kinder beitragen“. Die Studie fordert eindeutig, dass „Beratungsmodelle gegenüber Zuweisungsmodellen beim Schülerübertritt mit Nachdruck zu bevorzugen sind“. Der beschriebenen Entwicklung muss die Staatsregierung dringend gegensteuern und Sofortmaßnahmen ergreifen, um die Situation an den Grundschulen zu entspannen.

Es ist mir ein dringendes Anliegen, auch noch einmal darauf hinzuweisen, dass das Wild über seine Fettreserven gut ausgestattet ist. Wir schauen aber natürlich nicht zu, sollte es erneut zu einer höheren Schneelage kommen – im April sind schon öfters Schneemassen in den Bergregionen vorgekommen –, sondern müssen dann reagieren. Wir werden dann darauf bedacht sein, dass wir das Wild unterstützen, und zwar auch mit einer Fütterung, bei der wir selbstverständlich auch finanziell zur Seite stehen.

Ich weiß, dass es immer wieder Diskussionen um mögliche Hubschraubereinsätze gegeben hat. Das möchte ich jetzt doch ansprechen; eigentlich wollte ich das in dieser Phase des Dankes nicht tun. Mir ist es wichtig, nochmals auszusprechen, dass zu dem Zeitpunkt, als die Anfrage kam, noch keine Notzeit gegeben war, und wir ausdrücklich davor gewarnt haben, das Wild noch einmal aufzuscheuchen. Es braucht diese Ruhe, und genau dieser Stress hätte dazu geführt, dass die Fettreserven und die Energie bei den Tieren abgebaut werden. Deswegen wollten wir den Einsatz nicht riskieren. Sollte es jetzt wider Erwarten zu einem "Rückfall" im Winter kommen, sind wir aber selbstverständlich bereit, hier auch zu helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal darauf zurückkommen: Der Einsatz der bayerischen Jägerinnen und Jäger ist vorbildlich, und ich würde sagen: Er ist Naturschutz im höchsten Maße. Wenn auch wir als Gesellschaft uns daran halten, die eigenen Grenzen ein Stück weit mehr zu respektieren, wird es uns das bayerische Wild danken. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Frau Staatsministerin bzw. die Staatsregierung hat ihre Redezeit insgesamt um eine Minute und fünf Sekunden überzogen. Damit gibt es das Recht für jede Fraktion, eine zusätzliche Redezeit von genau dieser einen Minute und fünf Sekunden zu beanspruchen. Ich möchte das offiziell hier bekannt geben und frage in die Runde, ob noch Wortmeldungen vorliegen. – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Punkt abgeschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/379 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD, das sind die FREIEN WÄHLER, das sind die CSU, die FDP und die AfD. Wer ist dagegen? Gegenstimmen, bitte. – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Enthaltungen bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/381 mit 18/384 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, damit schließe ich die Sitzung und wünsche einen guten Nachhauseweg.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 14:26 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 18/381

Grundschulabitur endlich abschaffen - Übertrittsverfahren neu regeln

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Dr. Simone Strohmayr**
Mitberichterstatter: **Peter Tomaschko**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 5. Sitzung am 14. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Markus Bayerbach
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/381, 18/1484

Grundschulabitur endlich abschaffen – Übertrittsverfahren neu regeln

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, weil wir eine Abstimmung haben. Wir stimmen über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge ab, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER, die AfD, die SPD und die FDP. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Nun die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten. – Sie sind nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich die Beratung der Dringlichkeitsanträge aufrufe, gebe ich Ihnen bekannt, dass die Fraktionen übereingekommen sind, beim letzten Tagesordnungspunkt – das ist der Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Natascha Kohnen, Florian von Brunn und anderer (SPD) betreffend "Endlich Rechtssicherheit für Mieterinnen und Mieter – Bayerische Mieterschutzverordnung sofort neu erlassen!" auf Drucksache 18/319 – auf eine Aussprache zu verzichten. Damit wird der Antrag nach den Dringlichkeitsanträgen aufgerufen. Es wird ohne Aussprache darüber abgestimmt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. März 2019 (Vf. 4-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist,
 2. des Art. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 145) geändert worden ist,
 3. des Unterlassens des Gesetzgebers, allen Bürgern, die aufgrund ihrer Behinderung das Stimm-/Wahlrecht nicht ausüben können, dies mit Hilfe eines gesetzlichen Vertreters zu ermöglichen, wenn es ihrem Willen nicht widerspricht

PII/G-1310.19-0003
Drs. 18/1541 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ist unzulässig.
- III. Der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit ist hinsichtlich Ziffern 1 und 2 im Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 20. März 2019 begründet, hinsichtlich Ziffer 3 ist der Antrag unzulässig.

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuerhindernisse für vermietete Werkwohnungen abbauen
Drs. 18/343, 18/1487 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sprachtests für Mediziner evaluieren
Drs. 18/362, 18/1485 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Grundschulabitur endlich abschaffen – Übertrittsverfahren neu regeln
Drs. 18/381, 18/1484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Fachkräfte für die Pflege: Anerkennungsverfahren für ausländische
Fachkräfte zentralisieren
Drs. 18/382, 18/1486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Arif Taşdelen,
Stefan Schuster u. a. SPD
Lkw-Parken in Wohngebieten
Drs. 18/389, 18/1547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl,
Diana Stachowitz u. a. SPD
„Crowdworker“ in Bayern
Drs. 18/445, 18/1490 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

